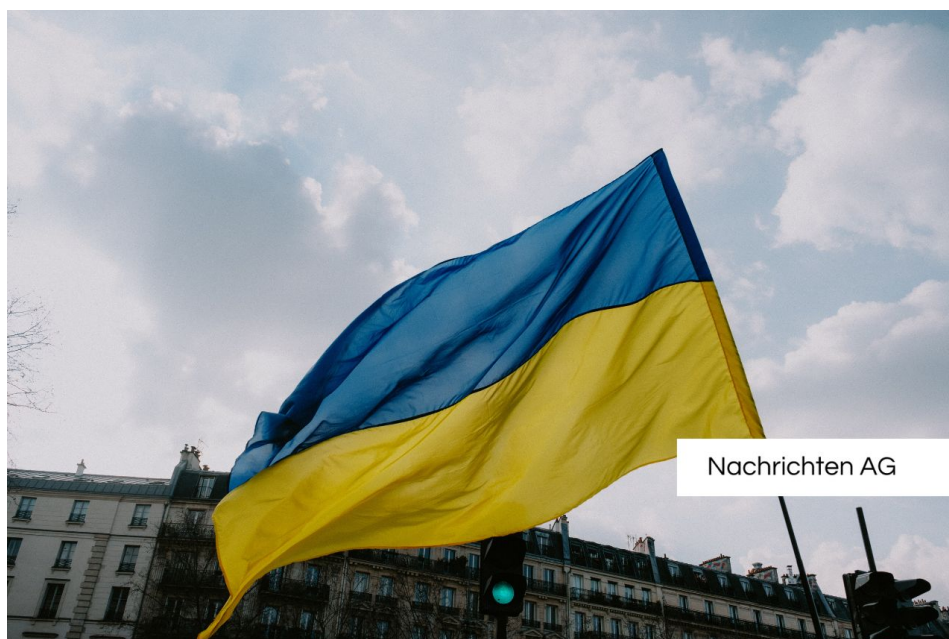


EU kämpft für psychische Gesundheit: Ein Ruck für unsere Zukunft!

EU-Parlament fordert Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit für gefährdete Gruppen bis 2024. Wichtige Entwicklungen und Strategien.



Bayern, Deutschland - Die psychische Gesundheit ist aktuell ein zentrales Thema in der Europäischen Union und in Deutschland. Die Bedeutung der psychischen Gesundheit wird durch verschiedene Initiativen und Herausforderungen unterstrichen, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen, die viele Menschen stark belastet haben. Am 6. Mai 2025 zeigt sich, dass die Notwendigkeit, psychische Erkrankungen stärker in den Blick zu nehmen, dringlicher denn je ist.

Wie die **PNP** berichtet, fordert die EU-Kommission eine umfassende, integrierte Strategie zur psychischen Gesundheit. Diese Strategie soll insbesondere den Zugang zu psychosozialen

Diensten für gefährdete Gruppen verbessern. Dazu gehören Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, LGBTQIA+-Personen, Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen, ältere Menschen sowie Migranten und ethnische Minderheiten.

EU-Strategien und Initiativen

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde bereits im Juni 2023 unternommen, als die EU-Kommission eine Mitteilung zur umfassenden Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit veröffentlichte. Diese Initiative bietet Unterstützung für Mitgliedstaaten und Interessenträger, um die Herausforderungen in der psychischen Gesundheit effektiv anzugehen. Ziel ist es, durch Präventionsmaßnahmen und sektorübergreifende Ansätze die psychische Gesundheit auf verschiedenen Ebenen zu fördern, wie **Health** feststellt.

In diesem Zusammenhang kündigte Ursula von der Leyen bereits im September 2022 einen neuen Ansatz für psychische Gesundheit an. Eine Mittelausstattung von 1,23 Milliarden EUR soll dabei helfen, 20 Leitinitiativen zu unterstützen, die für die Umsetzung der Strategie entscheidend sind. Zudem wird die Europäische Woche der psychischen Gesundheit 2024 als Plattform dienen, um die Fortschritte in diesem Bereich zu evaluieren und hervorgehobene Themen zu diskutieren.

Auswirkungen der Pandemie

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die psychische Gesundheit vieler Menschen in der EU erheblich verschlechtert. Laut dem Bericht über länderspezifische Gesundheitsprofile 2023 sind insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen, die vermehrt unter emotionalen und psychosozialen Problemen leiden. Fast 46 % der Menschen in einer Eurobarometer-Umfrage aus Oktober 2023 berichteten von solchen Schwierigkeiten. Vor der Pandemie waren bereits jeder sechste Mensch in der EU von psychischen Problemen betroffen, was jährliche Kosten von 4 % des BIP verursachte.

Insgesamt belaufen sich die Kosten psychischer Erkrankungen in der EU und dem Vereinigten Königreich auf über 600 Milliarden EUR, was den dringenden Handlungsbedarf unterstreicht. Maßnahmen zur Bekämpfung der Stigmatisierung und zur Verbesserung der Zugänglichkeit von psychischen Gesundheitsdiensten sind dringend erforderlich.

Zusätzlich zu den bestehenden Programmen der EU, die seit 25 Jahren den Fokus auf die psychische Gesundheit legen, werden aktuell Maßnahmen wie ein Portal für bewährte Verfahren und die Initiative „Healthier Together“ durchgeführt, um die Strategien gegen nicht übertragbare Krankheiten zu unterstützen. Diese Initiativen sind im Kontext der fortdauernden Mobilisierung von 31,2 Milliarden EUR zur Unterstützung von Vertriebenen aus der Ukraine besonders relevant.

Insgesamt zeigt sich, dass der Schutz und die Förderung der psychischen Gesundheit in der EU eine hohe Priorität haben sollte, nicht nur durch politische Initiativen, sondern auch durch eine Veränderung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und im Umgang mit psychischen Erkrankungen. Die EU wird im Plenum über die Fortschritte in diesem Bereich Bilanz ziehen und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie ohne finanzielle oder administrative Hürden für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger thematisieren, wie **das Europäische Parlament** fordert.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Bayern, Deutschland
Quellen	• www.pnp.de • www.europarl.europa.eu • health.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de